

Beschlußvorlage

Zur gemeinsamen Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz im Wahlkreis Lörrach – Müllheim am
11.10.2013 in Hertingen

Adressaten: Bundesvorstand, Landesvorstand, Medien

1 Die Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz und der Kreisvorstand Lörrach begrüßen die geplante
2 Mitgliederbeteiligung in Form einer verbindlichen Mitgliederbefragung oder eines
3 Mitgliederentscheids in der Frage der Koalitionsbildung. Der Parteivorstand reagiert damit in
4 angemessener Weise auf die erheblichen Zweifel und Bedenken der Mitglieder vor einer neuerlichen
5 großen Koalition.

6 Um das Vertrauen der Genossinnen und Genossen und der Wählerinnen und Wähler nicht zu
7 enttäuschen, sondern zu stärken, müssen folgende Punkte bei einem Koalitionsvertrag vereinbart
8 werden:

- 9 1. Gesetzlicher, bundeseinheitlicher und flächendeckender Mindestlohn von mindestens 8,50
10 Euro pro Stunde
- 11 2. Einführung einer Solidarrente in Höhe von 850 Euro und abschlagsfreie Verrentung nach 45
12 Versicherungsjahren
- 13 3. Einführung der Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege
- 14 4. Gleichstellung der Arbeitsbedingungen bei prekären Arbeitsverhältnissen, vor allem bei
15 Leiharbeit, Werkverträgen und Befristung von Arbeitsverträgen im Vergleich zu regulären
16 Arbeitsverhältnissen
- 17 5. Verstärkte Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur (Verkehrswege,
18 Energieverteilung, Telekommunikation) und der Bildung
- 19 6. Fortsetzung der Förderung regenerativer, dezentraler Energieerzeugung
- 20 7. Stärkung der kommunalen und Länderhaushalte durch eine Neuordnung der Finanz- und
21 Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen
- 22 8. Abschaffung des Betreuungsgeldes und Investition in Betreuungsplätze (Krippe und KiGa)
- 23 9. Finanzierung der Investitionen in das Gemeinwesen durch verstärkten Kampf gegen
24 Steuerbetrug
- 25 10. Wachstumsprogramm für Europa, um vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in den
26 Krisenstaaten zu bekämpfen
- 27 11. Änderung der Geschäftsordnung des Bundestags, die der Opposition ermöglicht Anträge
28 einzubringen und Untersuchungsausschüsse einzusetzen
- 29 12. Für alle Punkte, in denen keine Einigung zu erzielen ist, muss die Stimmabgabe der
30 Abgeordneten von jeglichem Fraktionszwang freigegeben werden,

31

32 Nur bei der Umsetzung und verbindlicher Vereinbarung der aufgeführten Punkte kann der
33 Parteivorstand die Zustimmung der Mitgliedschaft für einen Koalitionsvertrag erwarten.